

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugpreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Reichsgebiet 2.15 Mk. in Württemberg
2.22 Mk. vierteljährlich, hiesig Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
mondzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 49

Mittwoch, den 26. Februar 1919

36. Jahrgang.

Die „zweite Revolution“.

Nach Mitteilungen, die dem „Vorwärts“ aus Mün-
chen zugehen, kann gar kein Zweifel mehr bestehen, daß
der Anschlag bei der Eröffnung des bayerischen Landtags
am 21. Februar schon von langer Hand vorbereitet war
und daß er mit der Ermordung Eisners nicht das Ge-
ringste zu tun hat. Der Mordanschlag gegen die sozial-
istischen Minister Auer, Kosschützky und Timm — diesen
dreien galten die Kugeln vor allen — wäre von den
Spartakisten ausgeführt worden, auch wenn Eisner heil
und gesund seinen Rücktritt dem Hause hätte verkünden
können. Die „Rache für Eisner“, die der Führer des
Arbeiterrats, Hagemeister, von der Zuhörerbühne herab
in den Sitzungssaal hineinrief, als die Opfer des revo-
lutionären Fanatismus in ihrem Blute lagen, — diese
„Rache für Eisner“ galt dem politischen Sturz Eisners
und nicht seinem Tod, der erst durch die Ankündigung
des Ministers Auer im Landtag bekannt wurde. Knapp
eine halbe Stunde zuvor war Eisner getötet worden, aber
lange vor der Eröffnung des Landtags hatten schon die
Spartakisten die Zuhörerräume des Hauses besetzt, wohl-
versehen mit Revolvern und Handgranaten. Der Wegge-
weiser Alois Lindner, Mitglied des radikalen Arbeiter-
rats, hatte auch mit dem Bewachungsdiener des Landtags
sich verabredet, daß er den Sitzungssaal auf einem Weg
betreten konnte, der nur den Abgeordneten gegen Vor-
weis ihrer Karte zugänglich ist. Die Verabredung mußte
mindestens vor dem Aufzug der Wache, am Tage vorher
oder noch früher stattgefunden haben. Es ist also eine
Verschwörung gegen die Revolution nicht von der reaktio-
nären, sondern von der linksradikalen Seite in Szene
gesetzt worden, um die demokratische Republik zu stürzen
und die Gewaltherrschaft des Proletariats aufzurichten.
Auch heute noch hat man keine Kenntnis davon, wie es
in München wirklich aussieht. Der Zentralrat der Ar-
beiter- und Soldatenräte will eine neue Regierung durch
den Landesrat einsetzen lassen, für die er bereits eine
feste Liste aufgestellt hat. Daneben besteht aber, wie man
annehmen darf, die alte Regierung, die zwar nicht die
Mehrheit der Räte in München, dafür aber fast das
ganze übrige Land mit dem Landtag hinter sich hat.
Der Münchner Putz wird vom Lande rundweg ab-
gelehnt und das Ende ist voraussehen. Ehe es so
weit ist, kann es vielleicht noch mancherlei Blutvergießen
und Plünderung geben.

Ein Deutscher

Von Otto Kuppel.

Reichardt hatte, indem er seine Geige erklickt, auf
der noch nicht einmal eine Saite gerissen war, nur der
Anforderung bedürftig, um dem in ihm plötzlich erwachten
Orange zum Spiel zu genügen. Mit einer lebhaften
Besriedigung aber hatte er auch von der in Aussicht ste-
henden Kunststreich gehört, und es galt wohl jetzt nur,
dem Manne vor ihm zu zeigen, was er konnte, und ihm
damit das Vorteilhafte seines Engagements vor die Augen
zu stellen. Er hatte das Instrument aus dessen weichen
Lager genommen, stimmte es, prüfte den Bogen und
warf dann einen hellen Blick in Mathildens Augen.
Ein Lächeln des Verständnisses antwortete ihm, und
er begann in kräftigem Tone die Einleitung zu dem
Brochschens Vielle, in dem er und Mathilde sich zum ersten
Male zusammengefunden hatten. Reichardt fühlte, daß
er in seinem Spiel nichts verloren hatte, daß sich im
Gegenteil alle aufgesparte Kraft seiner Empfindung in
die Töne zu ergießen schienen, und als bei Beginn des
Themas Mathildens Stimme einsetzte:

„Zieh die lieben, goldenen Sterne,“

fiel eine stille Begeisterung in ihm auf, die, sobald
Mathilde die ursprüngliche Melodie übernahm, sich auch
auf diese zu übertragen schien. Fontride, der während
des Anfangs mit der Miene eines Kritikers Reichardts
Spiel verfolgt hatte, tat bei Mathildens Einsatz über-
rascht die Augen groß auf, bald aber begann er sich lang-
sam in die Höhe zu richten, sein Gesicht rötete sich, und
als endlich Violine und Stimme, einander begleitend, im
Nachklang des Themas am Schluß erstarben, schien
er wie in Verzückung noch immer den entschwindenden
Tönen zu lauschen, bis Mathildens ausbrechendes Lachen
ihn wieder zu sich selbst zu bringen schien. „Oh, mon
„u,“ sagte er mit einem tiefen Atemzuge. „Seyen
sich doch gleich einmal hierher, Monsieur,“ fuhr

Welch ungeheure Schädigung das Reich durch die
unaufhörlichen Unruhestiftungen erleidet, zeigt eine Mel-
dung aus Bern, wonach infolge der politischen und wirt-
schaftlichen Erschütterungen Deutschlands die Valuta
der deutschen Reichsmark am 24. Februar in
der Schweiz auf 45 Rappen gesunken ist statt des nor-
malen Stands von 125 Rappen vor dem Kriege. Das
ist der tiefste Stand, der je erreicht wurde; an einem
Tage fiel der Reichsmarkkurs um 6 Prozent.

München, 25. Febr. Der Uferauschuss (Zentral-
rat) ist um 2 Mitglieder, darunter der russische Bol-
schewist Lewin, vermehrt worden und besteht jetzt aus
je drei Vertretern der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-
räte und je zwei Gewerkschaftsleitern und revolutionären
Arbeiterräten. Zu den als Gesellen festgenommenen 26
Adeligen gehören zwei Grafen Arco; unter den bürger-
lichen Schutzgefangenen befindet sich auch wieder der schon
einmal in der Bürgerwehrfange festgenommene bekannte
Verleger F. Lehmann. Der Zentralrat hat sein Nach-
richtenblatt gestern nicht herausgeben können, da die
Arbeiterschaft der „Münchener Neuesten Nachrichten“, in
deren Verlag das Blatt hergestellt werden soll, streikte;
ebenso ging es bei anderen Verlagen, die den Druck
und die Herausgabe übernehmen sollten. Die sozialdemo-
kratische „Münchener Post“ ist heute ohne Vorzensur er-
schienen; Redaktions- und Druckereipersonal hatten sich
am Samstag geweigert, das Blatt unter Vorzensur her-
zustellen. Die „Bayerische Staatszeitung“ erscheint unter
Vorzensur heute abend, da die inzwischen angehängten
amtlichen Bekanntmachungen eine Herausgabe notwendig
machten. Die übrigen Blätter dürfen zehn Tage lang
nicht erscheinen. Die Offiziere wurden alle weggeschickt,
die Regimenter werden von Unteroffizieren mit Gemeinen
als Adjutanten geführt.

Vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wurde ein
Zuspruch an das Proletariat aller Länder ausgegeben:
Infolge des ruchlosen Mordes an Eisner habe sich das
bayerische Proletariat einmütig zum Schutze der Revo-
lution erhoben. Die sozialistische Einheitsfront sei leben-
dig geworden. Das bayerische Proletariat reiche dem
Proletariat aller Länder die Bruderhand. Es werde in
Bayern den Militarismus mit der Wurzel austrotten.

Die „Magdeburger Ztg.“ meldet aus München: Der
Spartakusbund hat sich als selbständige Re-
gierung Bayerns aufgefacht. Aufrufe des Spartakus-

er fort, „Sie dürfen uns nicht wieder verlassen, Sie
haben ja zehntausend Dollars in Ihrem Bogen, wie
Stevens sagen würde.“

Reichardt tat lächelnd seine Geige beiseite und nahm
seinen früheren Platz ein, während Mathilde mit einem
Leuchten in ihren Mienen, als sei ihr selbst die größte Ge-
nugung geworden, sich auf dem Tivoli ihm gegenüber
niederließ. — Eine volle Stunde währte ein erregtes Ge-
spräch zwischen den Dreien, und als Reichardt endlich
das Hotel verließ, was es in seine Hand gegeben, seine
gegenwärtige Lage mit einer leichten, gewinnbringenden
Stellung in Fontrides Konzert-Truppe zu vertauschen.

Je weiter indessen Reichardt seinen Weg durch die
stillen Straßen verfolgte, je langsamer wurden seine
Schritte — er hätte niemals geahnt, daß es ihm so
schwer werden könnte, sich durch einen raschen Entschluß
seinen jetzigen Verhältnissen zu entziehen — und doch
wußte er, daß er nicht bleiben konnte.

Als er seine Wohnung erreicht hatte, trat ihm aus
dem Vorraume plötzlich der Kupferschmied entgegen.
„Gott sei Dank, daß Sie endlich kommen,“ rief dieser
bei seinem Anblicke, „ich dachte schon, Sie würden die
halbe Nacht ausbleiben, und doch mußte ich Ihnen noch
sagen, was ich aus purer Eiselei heute Abend vergessen
hatte!“

„Was — wirklich nur der vergessenen Mitteilung
wegen haben Sie sich den Weg gemacht und bis jetzt
gewartet?“ fragte Reichardt mit einem Lächeln voll
halben Zweifels. „Wollten Sie nicht auch nebenbei
hören, zu welchem Punkt meine Verhandlungen mit der
„Gnädigen“ geführt?“ fuhr er launig fort, als ihn ein
Blick durch den Raum versichert, daß sie allein waren.

„Hatte nicht daran gedacht!“ erwiderte Reihner, den
Kopf schüttelnd, „seht allerdings sehr ich, daß etwas
darauf ankommt, ob Sie noch dasselbe Interesse für
das Geschäft Ihres Prinzipals haben als früher!“

„Etwas Geschäftliches?“ fragte der andere aufmerk-

unds fördern das Proletariat zur Festnahme der Mit-
glieder der sozialdemokratischen Koalitionsregierung auf.
Die Kommunisten verfügen über etwa 1000 Bewaffnete

München, 25. Febr. Das neue Ministerium soll
sich folgendermaßen zusammensetzen: Ministerium der
Auswärtigen: Dr. Mahlon (der ehemalige Direktor
von Krupp, der durch die Enthaltungen über sein Ge-
spräch mit Krupp und Helfferich vor dem Krieg bekannt
geworden ist); im Amt bleiben der Unabhängige Hans
Unterleitner für soziale Angelegenheiten, Professor
Jaffe als Finanzminister, Hoffmann als Kultminister
und v. Frauendorffer als Verkehrsminister. Das
neugebildete Landwirtschaftsministerium soll der Land-
bürgermeister und Bauernbündler Durr, das Justiz-
ministerium Dr. Süßheim (Soz.), das für militä-
rische Angelegenheiten Scheid erhalten.

In Passau und Landshut haben die Garniso-
nen die Befolgung der Anordnungen und Verfügungen
der Münchener Diktaturregierung abgelehnt. Auch
der Regierungspräsident der Oberpfalz hat erklärt, daß
er die Verordnungen der Münchener Räteregierung ab-
lehne.

Die Urheber des Mords an Auer.

Berlin, 24. Febr. Zum Spartakusanschlag auf
Auer schreibt der „Vorwärts“: Der Mordanschlag auf
Auer und die anderen soz. dem. Minister ist von dem
ganz unter unabhängigen und spartakistischem Einfluß
stehenden sogen. revolutionären Arbeiterrat verübt
worden. Der Täter ist Mitglied des revolutionären Ar-
beiterrats und heißt Alois Lindner. Er wohnt in
München und ist Wegger. Charakteristisch ist, daß Lind-
ner bei seiner Tat durch den Eingang der Abgeordneten
in den Sitzungssaal hereinkam. Die Landtagswache
hat ihn also durchgelassen. Diese Landtagswache,
von der republikanischen Schutzwache getrennt, stand über-
haupt mit dem Täter durchaus im Einvernehmen. Sie
erklärte sofort, außer Auer müßte noch Timm und
Kosschützky drin glauben. Lindner hat sich in
der Tat, nachdem er Auer niedergeschossen hatte, nach
Kosschützky umgesehen. Als er ihn nicht fand, knallte
er blindlings in den Saal, wobei der Zentrumsob-
„Tel“ verletzt wurde, der dann starb. Während der
Tat waren die Tribünen von Mitgliedern und Anhängern
des revolutionären Arbeiterrats besetzt, die mit Hand-
granaten und Revolvern bewaffnet waren. Der
Vorliegende des Arbeiterrats Hagemeister rief: nachdem

„ich werde immer mein Interesse für Krosch
bewahren, Reihner, selbst wenn ich bereits geschieden
wäre, was noch nicht einmal der Fall ist.“

„So hören Sie eine Minute und tun Sie dann, was
Ihnen gut dünkt; nennen Sie mich auch einen Esel, wenn
Sie wollen, daß ich erst jetzt damit herauskäme,“ sagte
der Kupferschmied, sich vorsichtig umsehend und dann
nach einer der Fenstervertiefungen gehend. „Seit Sie von
Johnsons weg sind,“ fuhr er fort, nachdem ihm Reichardt
mit einiger Beherrschung gefolgt war, „scheint der alte
Blaf sein besonderes Vertrauen auf mich übertragen zu
haben. Ich muß wenigstens jeden Abend vor dem Ge-
schäftsbeschluss zu ihm kommen, und er hat immer einige
besondere Aufträge für mich. Als ich heute Abend nach
dem Büro kam, sieht der alte Mann bleich wie der Tod
vor einem Briefe, der eben angekommen sein mußte,
und steht, als er mich sieht, von seinem Sessel auf, als
dünne er kaum seinen Beinen trauen. „Will, holen Sie
mir rasch einen Wagen,“ sagt er, „lassen Sie sich aber
nichts besonderes anmerken!“ Als ich aber mit dem
Wagen zurück bin, liegt der Alte mit dem Kopfe auf
seinem Polste und weiß von sich selbst nichts. Zum
Glück war der Doktor nebenan zuhause, der ihn wieder
zu einer Art halber Besinnung brachte, sich aber dann
auch gleich mit ihm in den Wagen setzte und den Kranken
nach seiner Wohnung schaffte. Ich hatte mir nichts an-
merken lassen sollen, sagte also auch dem Doktor von
dem Briefe nichts; schickte aber den Portier fort, um
einen von den jungen Johnsons aufzutreiben — der
alte Herr liegt schon seit einer Woche krank — von
denen war aber wie gewöhnlich kein einziger dabei.
und so hielt ich es für das Beste, selbst einmal in den
Brief, der offen dalag, zu sehen. Ich bin noch immer
schlecht in meinem Englischen beschlagen, aber ich buch-
stabierte doch soviel heraus, daß das Schiff Mary Lee
sagte und gegangen und nur die Mannschaft gerettet
worden sei, daß die telegraphische Depesche darüber, allem
Anscheine nach im Interesse einer Versicherungsgesellschaft
die irrend einen Schlag auszuführen beabsichtige, zurück-



die Schiffe gefallen waren, von der Tribüne herunter: „Das ist die Rede des Proletariats“. Ein deutliches Zeichen, daß er und seine Genossen um die Tat Lindners und ihre Motive im Voraus wußten. (Lindner befindet sich auf freiem Fuß.)

Der Sanitäter der republikanischen Schutzwache erklärte dem in seinem Blute liegenden Auer: „Verdient hast Du es nicht, daß ich Dir helfe; ich tue es nur als Mensch“. Als Auer um einen Kognak bat, lehnte es der Sanitäter mit den Worten ab: „Du gehst ja doch bald drauf“. Der revolutionäre Arbeiterrat, die Hauptstütze Eisners, war durch den Einfluß der Anarchisten Landauer, Levien und Mühsam noch bedeutend radikalisiert worden.

Neues vom Tage.

Ludendorff an Ebert.

Berlin, 25. Febr. Nach dem „Berl. Tagebl.“ hat General Ludendorff durch den deutschen Gesandten in Stockholm folgendes Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Republik, Ebert, gerichtet:

Herr Präsident! Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Ruhe, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, legte ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus erkennen wird, daß ich an das Vaterland weiter denke, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not braucht es jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Es ist für das Vaterland, auch für mich nötig, daß allseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat und wo die Wurzeln unseres Unglücks liegen. Ich lehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen.

Kein Oberhofmarschall.

Berlin, 25. Febr. Die Nachricht, daß der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, v. Holtendorff (Bruder des früheren Chefs des Admiralstabs), zum Oberhofmarschall des Reichspräsidenten ernannt worden ist, ist unzutreffend. Die Stellung eines Oberhofmarschalls ist beim Reichspräsidenten nicht vorgesehen.

Entlassung der Offiziere.

Dresden, 25. Febr. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von 20 sächsischen Garnisonsorten beschlossen die sofortige Entlassung aller Offiziere aus dem Heer. Der Kriegsminister, dem die Entschließung mitgeteilt wurde, erklärte, er habe bereits seit einigen Tagen die Verabschiedung aller jüngeren Offiziere, sowie aller Offiziere a. D., z. D. und des Beurlobtenstands eingeleitet.

Ungetreue Soldatenräte.

Gleiwitz, 25. Febr. Der Vorsitzende des Gleiwitzer Soldatenrats, Kaye nich, ist verhaftet worden. Weitere Verhaftungen wegen großer Mißwirtschaft, Betrugs und Unterschlagung von vielen tausend Mark stehen bevor. Auch der frühere Vorsitzende Tente, jetzt Wotzinger in Kattowitz, ist beteiligt.

Der Nordostsee-Kanal.

Berlin, 25. Febr. Nach der „Deutschen Allg. Ztg.“ plant man in Paris, den Nordostsee-Kanal nach Forderung seiner militärischen Anlagen, ähnlich wie den Suezkanal, von einer internationalen Gesellschaft verwalten zu lassen.

Wilson's Meinung über die deutschen Kolonien.

Berlin, 25. Febr. Kolonialminister Dr. Belf erklärte einem Vertreter der „Berliner Politischen Nachr.“ u. a.: Präsident Wilson soll von beträchtlichen Entschlüssen, aber unerträglichen Lasten und Ungerechtigkeiten gesprochen haben, die wir den Eingeborenen auferlegt hätten, und daß wir der Ausrottung der Eingeborenen mehr Interesse entgegengebracht hätten, als ihrer Entwicklung. Sollte er unter den „Entschlüssen“ das englische Blaubuch vom August 1918 gemeint haben, so führt das deutsche Weißbuch über die „Behandlung der einheimischen Bevölkerung in den kolonialen Besitzungen Deutschlands und Englands“ vornehmlich durch englisches Material den Beweis, daß die der deutschen Kolonialpolitik gemachten Vorwürfe maßlos übertrieben, entstellend oder unwahr sind. Vielleicht findet Wilson bis zur endgültigen Regelung der Völkerbunds- und Kolonialfragen Anlaß, von dem Inhalt des deutschen Weißbuchs Kenntnis zu nehmen. Ein gerechtes Urteil setzt voraus, daß beide Parteien gehört worden sind.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 25. Febr. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt: die Verbündeten haben beschlossen, drei polnische Divisionen, die sich gegenwärtig in Frankreich befinden, unter dem Kommando des Generals Haller nach Danzig zu senden.

Podensfälle.

Berlin, 25. Febr. In dem Kreise Hindenburg sind neue Podensfälle anscheinend von Hamsterern aus Posen eingeschleppt worden.

Die Spartakisten.

Essen, 25. Febr. Der Verhandlungskommission des Zentralkomitees des A. u. S. Rates Essen gelang es, nach Verhandlungen mit dem Vollzugsrat Düsseldorf, eine Einigung zu erzielen. Die Bedingungen des Waffenstillstandes wurden angenommen, namentlich die vollständige Abgabe der Waffen, Freilassung der beiden Geiseln des Fernsprechamtes und die Zurückziehung des nichtamtlichen Personals dortselbst. Die Oberpostdirektion verpflichtet sich dagegen, den Fernsprechbetrieb sofort wieder aufzunehmen. Der Generalkriegsrat wurde mit großer Mehrheit als abgebrochen erklärt.

Mühlheim a. Ruhr, 25. Febr. Die hiesige Garnison, die aus der Sicherheitswehr entstanden ist, will

sich überhaupt keinen Soldatenrat mehr anerkennen. Sie hat sich der Polizei angeschlossen und nimmt von dieser Befehle entgegen. In der vorigen Nacht und im Lauf des gestrigen Tags wurden hier viele Verhaftungen von Spartakisten vorgenommen.

Düsseldorf, 24. Febr. Entgegen der Abmachung zwischen dem kommandierenden General des 7. A. R. in Münster und dem Streikkomitee in Essen, ist heute die Arbeit nur in einigen kleinen Betrieben wieder aufgenommen worden. Von den großen Betrieben wurden die Arbeiter durch bewaffnete Spartakisten ferngehalten. In Sparta. Versammlungen wurde die Verhaftung der Fabrikarbeiter gefordert, bis seitens der Unternehmungen Streifsgelder gezahlt sind. Von der Beschlagnahme der Bankguthaben der Industriefirmen wurde vorläufig abgesehen.

Kassel, 24. Febr. Auf der Feste „Victor“ belüft sich der von den Kommunisten angerichtete Schaden auf 250 000 Mark. Die Lebensmittellager wurden erbrochen und vollständig geplündert. Mehrere Beamten wurden verletzt und ein Beamter halb zu Tode geschlagen.

Nachen, 25. Febr. Auf den dem Eschweiler Bergwerkverein gehörigen Gruben Goulen, Laurweg, Vocart und Eschweiler-Reserve sind die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Hannover, 25. Febr. Zwei der Insassen des Militärarresthauses haben in der vorigen Nacht ihre Zellen erbrochen und die Zellen aller anderen Gefangenen geöffnet, diese Gefangenen mit Eisenstäben und Waffen versehen und ihnen den Weg durch den Keller ins Freie gebahnt. Sämtliche Gefangenen befanden sich bereits auf dem Hof und versuchten, den Ausgang zu erreichen unter dem Rufe „Hoch lebe die Freiheit und Spartakus!“. Die Wache überwältigte die Gefangenen und brachte sie in die Zellen zurück. Es handelt sich um „schwere Jungs“, größtenteils Einbrecher und einen Mörder. Die Räubführer wurden gestern vor Gericht gestellt.

Halle a. S., 25. Febr. Die Eisenbahner des Eisenbahndirektionsbezirks Halle, sowie die Metallarbeiter der Halle'schen Maschinenfabrik haben den Generalkrieg für Dienstag früh beschlossen.

Leipzig, 25. Febr. In Leipzig ruht die Arbeit infolge des Generalkriegs vollständig. Das Elektrizitätswerk hat die Stromlieferung eingestellt. Der Eisenbahnverkehr wird nur mit großen Schwierigkeiten vorläufig noch aufrechterhalten. Die Wasserversorgung der Stadt ist eingestellt. Die Zeitungen sind am Erscheinen verhindert. Die Bürgerschaft des Landkreises Leipzig will ihrerseits den Generalkrieg proklamieren, um die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ausständigen Arbeiter zu erzwingen.

Blauen i. S., 25. Febr. Nach einer Arbeitslosenversammlung besetzten gestern nachmittag bewaffnete Matrosen und Zivilisten nach Entwaffnung der militärischen Sicherheitswachen das Rathaus, die Banken, die Post und andere öffentliche Gebäude. Auch die Kaserne wurde an die Demonstranten übergeben. Die bürgerlichen Zeitungen können nicht erscheinen.

Die Bolschewisten.

Liban, 25. Febr. Die hiesige deutsche Gesandtschaft mitteilt, ist die Iniel Desel, die durch Handreich in die Hände der Bolschewisten gefallen war, durch ethnische Truppen zurückerobert worden. Leider hatten die Bolschewisten vorher noch Zeit gefunden, ihre üblichen Bruchstücke zu begeben. So ist der reichsdeutsche Sekretär des auf Desel amtierenden Beauftragten der deutschen Gesandtschaft bei der ethnischen Regierung, Herr Krupp, mit Frau in Ruinast ermordet worden, 2000 Mark seiner Dienstgelde wurden geraubt. Auch der unterwegs befindliche Kurier der deutschen Gesandtschaft, Oskar Rahr, sowie viele Esten und Deutsch-Balten, darunter der Landmarschall v. Burghöveden und seine Brüder, wurden ermordet. Dem Kurier wurden außer 5000 Mk. Dienstgeldern die Kurierpost und alles Privatgepäck geraubt.

London, 25. Febr. Die „Times“ meldet, in Moskau sei ein neuer Ausstand gegen die Sowjetregierung ausgebrochen, der durch außerordentliche Maßnahmen der bolschewistischen Behörden unterdrückt worden sei.

Der wirksame Druck.

Wien, 25. Febr. Den gestrigen Abendblättern zufolge wird heute, nachdem Italien bereits einen von seinen vier Lebensmittelzügen eingestellt und noch weitere Gegenmaßnahmen angedroht hat, mit der Abfertigung der von Italien verlangten Lokomotiven und Waggons begonnen werden, unter Wahrung des Rechtsstandpunktes, daß diese Frau alle Nationalstaaten, die aus der früheren Monarchie hervorgegangen sind, befähigt, wie denn auch der Fahrpark der Liquidationsmasse angehört und Deutsch-Oesterreich keinen eigenen Fahrpark besitzt.

Von der Friedenskonferenz.

Bern, 25. Febr. „Progres de Lyon“ meldet aus Genf, die Mächte beachtlichen, in den endgültigen Waffenstillstand die Grundzüge der Friedensbedingungen bezüglich der Gebietsabtretungen, der politischen und wirtschaftlichen Forderungen und der Geldentschädigung einzufügen. Es bleibe noch die Frage der Festsetzung der Landesgrenzen Deutschlands im Osten und Westen zu erledigen.

Blumenthal geht wieder.

Genf, 25. Febr. Der frühere Bürgermeister von Kolmar und Reichstagsabgeordnete Blumenthal besuchte im Pariser „Petit Journal“, das deutsche Vermögen sei groß genug, um außer der Wiederherstellung der Kriegsgebiete auch Kriegsschadigungen zu bezahlen. Viele Milliarden seien im Ausland angelegt. Deutschland müsse gezwungen werden, die Entschädigungen in Zahlraten zu entrichten, was umso eher möglich sei, als seine Ausgaben für das Heer wegfallen.

Wilson gelandet.

Boston, 25. Febr. (Reuter.) Wilson ist gestern hier gelandet.

Für den Sicherheitsdienst waren umfassende Maßregeln getroffen. Der Polizeidienst war von 4000 Soldaten verstärkt.

Der Panzerkreuzer „George Washington“, auf dem Präsident Wilson reiste, geriet bei der Ueberfahrt in große Gefahr. Infolge dichten Nebels fuhr das Schiff direkt auf die Dotaler Inseln zu. Tausend Meter vor der Küste konnte das Schiff noch Anker werfen, wodurch das Scheitern vermieden wurde.

Newport, 25. Febr. (Reuter.) Newporter Zeitungen zufolge sind Sonntag Nacht 14 Spanier im Zusammenhang mit einem angeblich gegen Wilson geplanten Mordanschlag verhaftet worden.

London, 25. Febr. „Times“ melden aus Newport, daß in ganz Amerika Streik drohe, wenn das Alkoholverbot vom 1. Juli ab durchgeführt werde.

Ministerkrisis in Spanien.

Madrid, 25. Febr. Graf Romanones überreichte dem König das Entlassungsgesuch des Kabinetts. Der König veranlaßte das Ministerium, die Geschäfte bis zur Erledigung des Staatshaushalts weiterzuführen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 24. Febr.

Verfassungsgezet.

Staatssekretär des Innern Dr. Preuß (fortsetzend): Die republikanische Staatsform ist in dem Verfassungsentwurf, durchgeföhrt, die Demokratie ist restlos in gerader Linie in dem Entwurf enthalten. Die Ausnahmen, die einzelstaatlichen Reservatrechte, die noch im Entwurf enthalten sind, sind durchweg Erbchaften aus der früheren Verfassung des Kaiserreichs. Das deutsche Volk steht zum erstenmal in seiner Geschichte vor der Aufgabe, den Grundsatz zu veretwählen: Die Staatsgewalt ist das Volk! Daraus ergibt sich für daselbe die Selbstregierung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, dem neuen Staatswesen den Namen „Reinigte Staaten von Deutschland“ zu geben, was im ganzen genommen ein partikularistischer Rückschritt sein würde. Das Wort „Reich“ ist beibehalten, weil es Tradition ist von Jahrhunderten. Trotz dieses Namens ist das neue Reich ein Freistaat, eine Republik.

Wenn die Verfassung vorschlägt, dem neuen Reich die neuen Farben „schwarz-rot-gold“ zu geben, so wird es für viele eine schmerzliche Entschließung sein, die Farben schwarz-weiß-rot, die Jahrzehntlang ruhmreich über uns geweht haben, verschwinden zu sehen. Aber es sind gewaltige Veränderungen, die das vergangene Jahrzehnt als eine abgeschlossene Periode erscheinen lassen. In einem Freistaat wollen wir uns organisieren; aber nicht in nationalstiftlicher Abfchließung. Die junge deutsche Republik bekennt sich zum Völkerrecht und zum Völkerbund, der die Gleichberechtigung und die Freiheit aller seiner Glieder vorbehaltlos anerkennt.

Die Einheitlichkeit zwischen Reich und Gliedstaaten ist bis zu einem gewissen Grad garantiert durch Bestimmungen für die Verfassungen der Einzelstaaten, in republikanischen Verfassungen, demokratischem Wahlrecht und einer der Volksregierung verantwortlichen Landesregierung. Ein erschütternder Fortschritt gegen früher ist es, daß die auswärtigen Beziehungen nunmehr ausschließlich Sache des Reichs sind. Nur sehr schwer hat sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Streckung des Abfages zu verzichten, wonach die einzelstaatlichen Kriegsministerien nicht bestehen bleiben sollten. Auch in der völligen Vereinheitlichung des Verkehrswezens ist nicht alles erreicht worden; doch sind Fortschritte bisher zweifellos erzielt worden. Erstaunlich ist, daß wir endlich eine deutsche Reichspost haben, die im ganzen Reich gelten wird. Eine starke Förderung hat der Einheitsgedanke auf dem Gebiete des Finanzwesens erfahren. Hier hat der Druck, der augenblicklich auf uns lastet, es durchgeföhrt. Kirche und Schule sind aufgenommen worden, entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung. Den Einzelstaaten sind hier eine Reihe von Sonderrechten vorbehalten; es besteht aber die Aussicht, daß sie möglichst bald beseitigt werden können.

Bezüglich der territorialen Verhältnisse der Gliedstaaten steht die Beratung Vereinbarungen zu Zusammenfchließungen vor. An der wichtigen Frage, ob die Reichsverfassung einfach die 25 Gliedstaaten in ihrem Bestand garantieren soll, kommt man nicht vorbei. Mit dem bloßen Bestehenlassen ist es nicht getan. Das Reich müßte sie eventuell durch sein Eingreifen erhalten. Diese Sache ist schon ins Rollen gekommen; Ostha und Koburg wollen sich von einander lösen. Piemont will los von Waldeck.

Die sofortige Durchführung des Einheitsstaats ist nicht vor heute auf morgen zu erreichen. Wenn die Vereinigung der Beteiligten nicht zustande kommt, kann die Vermittlung der Reichsregierung angerufen werden. Der Satz „Nicht diese Ermittlung erfolglos, so kann auf Antrag eines der Beteiligten die Angelegenheit durch ein Reichsgeföhrt erledigt werden.“ ist vom Staatenausschuß vollständig gestrichen worden. Er ist von den drei stützigen Punkten der einzigen von grundsätzlicher Bedeutung. Die Reichsregierung hat gegenüber diesem Widerspruch des Staatenausschusses sich wiederholt für die Beibehaltung dieses Gesetzes ausgesprochen.

Da der Gedanke des „Staatenausschusses“ keinen Beifall fand, so soll ein Reichsrat geschaffen werden, und gemäß, es geht auch so, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichsrat nicht ein dem Reichstag gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung sein kann, wie es der alte Bundesrat gewesen ist. Und diese Hauptbedingung ist ja auch im Entwurf durchgeföhrt worden. Gegen die vom Reichstag beschlossenen Besehen steht dem Reichsrat ein aufhebendes Einspruchsrecht zu, aber auch vom Reichsrat abgelehnte Entwürfe kann die Reichsregierung in ihrer Form an den Reichstag bringen.

In der Organisation der Reichsgewalt ist der demokratisch-republikanische Zustand als Leitgedanke durchgeföhrt, so vor allem in den Bestimmungen über den Reichstag. Mancher wird geneigt sein, in der Einsetzung des Wahlprüfungsgerichts eine Einschränkung der Rechte des Reichstags zu sehen. Aber mit Unrecht, denn die Prüfung der Rechtsgültigkeit der Wahlen ist eine durchaus richterliche Funktion, wozu der Reichstag als durchaus politische Körperschaft nicht gerade geeignet ist. Neben dem Reichstag stellt der Entwurf einen unmittelbar aus Volksmahlen hervorgehenden Reichspräsidenten. Es erscheint notwendig, neben dem aus demokratischen Volksmahlen hervorgegangenen Parlament eine durch dieselbe demokratische Grundlage geschaffene starke Präsidentengewalt zu stellen. Das parlamentarische System verlangt ein solches Gleichgewicht der Gewalten. Neben den sich ergänzenden Befugnissen vom Präsidenten und Reichstag, an die Wähler zu appellieren, hat der Präsident die Funktionen des republikanischen Staatsoberhauptes. Die wichtigste staatsrechtliche Funktion des Präsidenten ist die Bildung der Reichsregierung, für die der Entwurf wieder das Reichskanzleramt vorsieht, aber der Reichskanzler ist nicht mehr der einzige verantwortliche Träger der Reichsregierung, sondern Präsident des Reichsministeriums. Man hat für dieses an sich nicht die kollegiale Verfassung vorgeschrieben, sondern will es der Gestaltung der praktischen Bedürfnisse überlassen.

Verfassungsänderungen sind gegen früher erschwert. Solche Erfahrungen liegen im Sinne demokratischer Verfassungen. Bei den bisherigen Verhältnissen von Reich und Gliedstaaten werden damit auch Kompetenzverschiebungen erschwert. Die Gliedstaaten mögen darin eine starke Garantie für die ihnen zustehenden Rechte sehen. Niemals in der deutschen Geschichte hat ein Parlament eine so unbeschränkte Macht, aber auch eine so große Verantwortung gehabt, wie die deutsche Nationalversammlung.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Zugordnung: Gesandtschaft über die vorläufige Reichswehr.

Abg. Schöpfung (Soz.): Der Antrag ist ein Nothbehelf. Es ist eine fast graufame Frage des Schicksals, daß der Staat, der einst die stärkste Militärmacht der Welt war, jetzt genötigt ist, freiwillige durch Zeilungsinfanterie zu werden.

Abg. Eröbber (Z.): Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist so wichtig, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird.

Abg. Stehr (D.D.): Die neue Reichswehr kann natürlich nur klein sein; sie wird aber ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf starker Manneszucht aufgebaut ist.

Abg. Väre die (D.N.B.V.): Die Vorgänge der letzten Woche sind Folgen der Revolution. Die Vorlage zeigt, daß die Sozialdemokratie umgelernt hat.

Abg. Henke (U.S.P.): Wir treten dem Entwurf, auf das Schicksal entgegen. Mit dem Entwurf scheidet man die Soldatenrute endgültig befristigen zu wollen.

Reichswehrminister Noske: Für eine Regierung, die fast zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, ist es außerordentlich unerwünscht, daß eine ihrer ersten Maßnahmen darauf, gerichtet ist, neue, neue militärische Maßnahmen aufzustellen.

Abg. Ahmann (D.R.P.): Wenn wir Ostpreußen nicht schützen, verlieren wir unser wichtigstes Ernährungszentrum. Bei den Rang- und Gradabzeichen handelt es sich um tiefe Vermögenswerte.

Abg. Ritter v. Langheuterich (Demokrat) beantwortet den Antrag der Wehrheitspartei, besonders bewährten Unteroffizieren die Offizierslaufbahn zu eröffnen.

Der Entwurf wird nach den Anträgen ohne Debatte erledigt. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Berlin, 25. Febr. Bei der Nationalversammlung ist eine Interpellation Arnshadt und Genossen eingegangen: Wider Recht und Gesetz haben Einzelstaaten, wie Sachsen, Hamburg, Braunschweig, Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen oder für das zu thun beginnende neue Schuljahr vorgesehen.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 24. Febr. (Hausfrauen und Diensthütten.) Auf Veranlassung des Verbands der Stuttgarter Hausfrauen haben der Verband selbst, der Schwäb. Frauenverein, der Deutsch-Evangelische und der Katholische Frauenverein ihre Mitglieder zur Aufklärung über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Hausfrauen und Hausangestellten eingeladen.

(-) Stuttgart, 25. Febr. (Pferdeausfuhrverbot.) Die Abgg. Kömmer, Strödel und Wöber (Bürgerp.) haben in der Landesversammlung den Antrag eingebracht, die Ausfuhr von Pferden aus Württemberg zu verbieten.

Altingen, O.A. Herrenberg, 25. Febr. (Mehrerfall.) Der Schuhmachermeister Karl Hammer wurde, wie die „Mötenb. Ztg.“ berichtet, auf einem Geschäftsgang in der Nacht zwischen Unterjessingen und Dörschbromm überfallen.

(-) Großbottwar, 24. Febr. (Gefährliches Spielzeug.) Beim Spielen mit dem Revolver wurde der 18 Jahre alte Sohn der Witwe Feil von Hof und Leimbach am Sonntag nachmittag von einem Kameraden in den Bauch geschossen, so daß er tot war, ehe ärztliche Hilfe eintraf.

Hall, 25. Febr. (Guter Fang.) Der 20 Jahre alte, schwer vorbestraftere frühere Zwangsverziehungszögling Karl Kallfah von Zwerenberg, Ode. Sulzbach a. M., nahm unter dem Namen Veil Dienst bei dem Gußbesitzer Seher in Untermühlheim, O.A. Hall.

(-) Friedrichshafen, 25. Febr. (Gegen die Milchpreiserhöhung.) Die Milchproduzenten von Friedrichshafen und Umgebung hatten in einer Versammlung die Erhöhung des Milchpreises auf 50 Pfg. beschlossen.

(-) Schwangen, 25. Febr. (Schwurgericht.) Der Hölzer Jakob Vager und dessen Ehefrau Anna geb. Stuch standen gestern vor den Geschworenen unter der Anklage des versuchten Totschlags.

Gerichtssaal.

Der 23 Jahre alte Tagelöhner und Metzger Hermann Kubewus Stuttgart, wohnhaft in Omlind, hat am 5. Oktober den Landjäger Sprenger, der ihn bei Schmorrschlachtungen übernahm, mit einer Haue getötet.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen dauern an. Am Donnerstag und Freitag ist vorwiegend nachtales Wetter zu erwarten.

Baden.

Einigung in Mannheim.

Mannheim, 25. Febr. Nach zweitägigen Verhandlungen ist zwischen den Mehrheitssozialdemokraten, den U. S. und der Kommunistenpartei eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande gekommen: 1. Die von der U. S. P. und der K. P. erklärten Mätere-publik wird als nicht bestehend erklärt.

(-) Karlsruhe, 25. Febr. Die neuen Gesetze über die Änderung der Gemeindeväahlen, die neue Kreisverfassung und Neugestaltung der Bezirke sind von der Regierung fertiggestellt und werden den Mitgliedern der Nationalversammlung schon in den allernächsten Tagen im Druck zugehen.

(-) Karlsruhe, 25. Febr. (Beamtenkammer in Baden.) Der Verband der Beamten- und Lehrerevereine hat an die bad. vorl. Regierung eine Eingabe über die Einrichtung einer Beamtenkammer gerichtet.

(-) Mannheim, 25. Febr. Der Mannheimer Ortsauschuß der Beamten- und Lehrerevereine hat folgende Entschließung angenommen: Durch die badische Beamtenkammer geht die befremdende Nachricht, daß man beabsich-

tigt, bei dem Nothgesetz zu den Gemeindeväahlen den städtischen Beamten das passive Wahlrecht in den Stadtrat vorzuenthalten. Sollte dies der Fall sein, so müßte die Beamtenkammer in ihrer Gesamtheit gegen eine solche Maßnahme energig Stellung nehmen.

(-) Mannheim, 25. Febr. Der zwischen den Angestellten der Firma Lang und der Firma bestandene Streit wegen Kündigung des Vorstehenden des Angestellten-ausschusses ist durch die bad. Regierung beigelegt worden.

(-) Pforzheim, 25. Febr. (Lohnbewegung.) Gestern nachmittag fanden hier 12 Versammlungen der drei Metallarbeitervereinigungen statt, in der Forderungen betr. Lohnerhöhung erhoben wurden.

(-) Rappena, 25. Febr. Das Salinenamt Rappena hat die Salzverkaufspreise wesentlich erhöht.



Vermischtes.

52 deutsche Rechtslehrer, unter ihnen die bekanntesten Vertreter des Staats- und Völkerrechts, veröffentlichten eine Kundgebung, um im Namen ihrer Wissenschaft „essentielles Einspruch zu erheben gegen das von feindlicher Seite geplante Unternehmen, den vormaligen deutschen Kaiser und eine Reihe seiner Ratgeber und Offiziere für die Herbeiführung des Krieges und für völkerrechtswidrige Kriegsführung strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen“.

Widerrechtliche Verhinderung von Kraftwagen. Vom Kriegsministerium in Berlin ist neuerlich ein Erlass an die Generalkommandos ergangen, der sich gegen das widerrechtliche Benutzen von Kraftwagen wendet.

Erdbeben. In der Nacht vom Sonntag zum Montag verzehnte die Erdbebenwelle der türkischen Nachschule Karisruhe ein mittelstarkes Erdbeben. Der Herd des Bebens liegt in einer Entfernung von etwa 3000 Kilometer.

Der Typhus in Polen. Nach einer Hausmedienung aus Warschau breitet sich der Typhus in ganz Polen, sowie in Ostern aus.

Eisenbahnunfall. Auf der Bahnstrecke Belgard-Stolz (Pommern) löste sich in der Nähe des Bahnhofs Lynow von dem Gepäckwagen eines Güterzuges mit Personenbeförderung der Gas-kessel und das Gleis. Dadurch entgleisten 4 Personen-wagen und 2 Personen wurden leicht verletzt.

Verferkeren. Im Atlantischen Weltmeer sind 3000 Können Gas a verferkeren worden. Die Besatzung des Schiffes, das die aten nach einer besonders tiefen Meerestiefe verdrachte, w. mit Gasmasken ausgerüstet.

Fanatismus. Das Edentheater in Dporto (Portugal), in dem die ausständischen Republikaner gelandeten gesetzt waren, soll von der Volksmenge in Brand gesteckt worden sein. Die Feuerswehr wurde verhindert, den Brand zu löschen.



Die Militärvapiere. Die Ausstellung der Militärvapiere an Heeresdienstlose verzögert sich in unliebsamer Weise dadurch, daß die Stammtrollen, oh... die eine Ausstellung der Papiere nicht möglich ist, noch... nach in dem Gepäc der Feldformationen, besonde... der im Osten befindlichen, unter anderen schriftlich... -achen liegen und noch nicht im Besitz der Ersatztrupp... teile sind. Diese Papiere usw. müssen erst vorläufig ge-

sicht werden, was teilweise noch möglich ist. Der Spruch nehmend kann. Zur Beschleunigung wird es dienen, wenn den Anträgen bei den Gesandtschaften genaue Unterlagen (Ordnungsmäßig geführtes Soldbuch, Bekleidungsanweisung usw.) beigelegt werden.

— Ludendorffspende. Nach den vorläufigen Berechnungen beläuft sich das Ergebnis der Ludendorffspende für Kriegschadigte auf rund 152 Millionen Mk. Davon hat Preußen in östlichen Sammlungen 75,5 Millionen Mk. aufgebracht, während auf die übrigen Bundesstaaten 33,4 Millionen Mk. entfallen. Der Rest verteilt sich auf die Spenden solcher Firmen, die von mehr als hundert oder bundesstaatlicher Bedeutung sind und die Heeresverwaltung (15,2 Millionen), Deutsche im Ausland haben 1 Million Mk. gesammelt.

— Beihilfe an bedürftige Konfirmanden. Der Württ. Kriegerbund wird auch in diesem Jahre Einkleidungsbeihilfen an bedürftige Konfirmanden und Erstkommunikanten solcher Mitglieder bewilligen, die während des Krieges im Heeresdienst gestanden haben. Bis jetzt hat der Kriegerbund 64.430 Mk. für diese Zwecke verausgabt.

(-) Sonntagsruhe. Vom 1. April ab dürfen im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die Polizeibehörde kann für sechs Sonn- und Festtage, die höhere Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Festtage im Jahr, für alle oder für einzelne Geschäftszweige eine Beschäftigung bis zu acht Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus, zulassen. Für das Expeditionsgewerbe und andere Betriebe, soweit es sich um Abfertigung von Gütern handelt, kann die höhere Verwaltungsbehörde eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zulassen. Für Apotheken gelten Ausnahmen.

Der Bund der Landwirte.

D.P.C. Mit dem alten System ist auch die Macht des Bundes der Landwirte gebrochen. Der Bund der Landwirte stand zwar seit seiner Begründung stets in heftiger Opposition gegenüber der Regierung, aber durch seine Exzessivität hat er auf die Entschlüsse der Regierung immer einen starken Einfluß ausgeübt. Jetzt sehen die Führer des Bundes der Landwirte ein, daß sie mit ihrer alten Taktik nichts mehr auszurichten vermögen. Frhr. v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hat deshalb in der Generalversammlung des Bundes am Montag geraten, die Organisation des Bundes auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Bund könne von Berlin aus nicht mehr von einigen Leuten geleitet werden. Dazu sei er zu groß geworden. Eine weitgehende Dezentralisation in den Organen des Bundes sei erforderlich. Unfreiwillig komisch fast wirkte Frhr. v. Wangenheim mit seiner Klage: „Unser Volk war krank im innersten seiner Seele. Seit den Gründerjahren von 71 her hat das Jagen, das Fasten nach Geld, nach schnellem

Wohlstand an der fruchtbarsten Saatzeit unser Volk vergiftet.“ Der Bund der Landwirte ist alle Zeit eine Gründung gewesen, dessen Ziele nicht ideeller, sondern höchst materieller Natur waren: höhere Preise für beim Verkauf und geringe Kosten beim Einkauf. Wenn unser Volk krank im Innersten seiner Seele war, so war der Bund der Landwirte einer der allerkräftigsten Teile des Volkstörpers. Der Bund der Landwirte hat durch seine Agitationen in 25 Jahren sehr viel dazu beigetragen, daß unser Volksleben vergiftet worden ist. Die deutsche Landwirtschaft muß blühen und gedeihen, denn ohne sie kann Deutschland nicht bestehen. Aber für die Agrarier ist im Volksstaat kein Raum, denn welcher Unterschied besteht zwischen einem Agrarier und einem Landwirt? Vor zehn Jahren ist bei Gründung des Nationalbundes die Antwort gegeben worden: „Der Landwirt ist ein Mann, der den Boden etwas abgewinnen will, während der Agrarier ein Mann ist, der seinem Nächsten etwas abgewinnen will, und dies in Deutschland schon recht reichlich vollführt hat.“

Gesehwidrige Gesetze.

D.P.C. Das Reichsgesetzblatt enthält in seinen Nummern 37 und 38 vom 13. und 14. Februar drei „Verordnungen der Reichsregierung mit Gesetzeskraft“ über Abänderungen der Reichsversicherungsordnung, der Invalidenversicherung und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Unterzeichnet sind sie: „Die Reichsregierung Ebert-Scheidemann“, „der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Bauer.“

Diese Verordnungen mit Gesetzeskraft sind nach § 10 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 gesehwidrig. Dieser § 10 des genannten Gesetzes hat mit seiner am 11. Februar erfolgten Veröffentlichung Gesetzeskraft erlangt, und von diesem Tage ab dürfen im Reichsgesetzblatt Gesetze nur veröffentlicht werden, wenn sie auf die im § 4 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vorgeschriebene Weise, nämlich durch Übereinstimmung des Staatsrates und der Nationalversammlung zustande gekommen sind. Außerdem darf auf Grund des genannten Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt seit dem 11. Februar kein Gesetz mehr von jemand anders verfaßt werden, als durch den Reichspräsidenten und nicht durch eine „Reichsregierung Ebert-Scheidemann“.

Unschwerlich ist es, daß die genannten „Verordnungen mit Gesetzeskraft“ vor der im Reichsgesetzblatt erfolgten Veröffentlichung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt beschlossen worden sind. Denn ein Gesetz tritt erst mit seiner Veröffentlichung in Kraft und kommt erst wirklich zustande, wenn es im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist. Nach dem Beschluß der Nationalversammlung über die allgemeine Reichsgewalt ist nun hoffentlich die in der Revolutionszeit übliche diktatorische Gesetzesmacherei zu Ende.

„Die sollte jedem eine Gabe.“
D.P.C. Die Konservativen haben in ihren Reihen kaum für alle und besser eingerichtet und bequemer als bei anderen Parteien. Vor uns liegt ein „Flugblatt für die Deutschnationale Volkspartei, Abteilung für das liberale Bürgertum“. Vielleicht gibt es im Geheimen auch in der Deutschnationalen auch Abteilungen für die revolutionäre Arbeiterschaft oder für demokratische Kleinbauern. Wir können sogar sicher sein, daß solche Unterabteilungen vorhanden sind — in Form von schwarzen Listen, die in Zeiten des Wahlkampfes zur Entnahme von Propagandamaterial geöffnet werden. Oder sollten die feindlichen Herren diese Einrichtung nur getroffen haben, um einer beständigen Berührung mit solchen fatalen Leuten, die sich Bürger nennen, aus dem Wege zu gehen?

Arbeitslos und arbeits hungrig.

D.P.C. Nach der „Freiheit“, dem Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, hat am 7. Februar in Berlin eine Versammlung der Arbeitslosen einen „flammenden“ Protest erhoben: „Wir sind nicht arbeitslos, sondern im Gegenteil arbeits hungrig. Gebt uns Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen. Freilich befinden wir trotz der verzweifeltsten Lage, in der wir uns befinden, noch genug Klassenbewußtsein und Solidaritätsgesühl, als daß wir uns als Lohnbrüder und Streikbrecher mißbrauchen ließen.“ — Die menschenwürdigen Bedingungen, die vielfach von Arbeitslosen gestellt werden, übersteigen in sehr vielen Fällen ganz erheblich die Gehaltstafel, die den Beamten auch in höheren Stellungen gewährt werden. Von Arbeits hunger ist bei diesen Arbeitslosen kaum etwas zu merken.

Reichsbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Die Ortsgruppe Vörsheim sammelt hierfür Mitglieder der Beitrag ist nach Belieben jedoch nicht unter 1 Mark. Die Bestrebungen des Vereins sind: 1. beschleunigte Rückgabe aller Kriegsgefangenen, 2. bis dahin Besserung ihrer Lebensbedingungen. Es ist jedermanns Pflicht im Interesse unserer Gefangenen im Ausland dem Bunde beizutreten. Eine Einzeichnungsliste liegt bei uns auf und bitten wir hiervon ausgiebigen Gebrauch zu machen. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir am kommenden Samstag die Liste abschließen.

Deutsch. Demokrat. Partei Wildbad. Dem rührigen Ausschuss ist es gelungen, eine Reihe bekannter Parlamentarier zu Vorträgen in Wildbad zu gewinnen die über die Ziele und Aufgaben der Partei sprechen werden. Näheres wird durch die hiesigen Tageszeitungen bekannt gegeben. Wir verbinden mit dieser Mitteilung die Bitte, der Deutschdemokrat. Partei als Mitglied beizutreten. Beitrittserklärungen u. hien alle Ausschussmitglieder entgegen.
Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Bekanntmachung

Verfügung des Ministeriums des Innern über Waffenschein.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über Waffenschein vom 13. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 31) werden folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

§ 1.
Alle im § 1 der Verordnung aufgeführten Schusswaffen, also Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolver, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer, sowie Munition aller Art zu Schusswaffen sind binnen einer Woche nach Bekanntgabe dieser Verfügung spätestens jedoch bis zum 8. März 1919 bei der Ortspolizeibehörde des Wohnorts oder Aufenthaltsorts abzuliefern.

Ist die fristgemäße Ablieferung der Schusswaffen usw. aus besonderen Gründen nicht ausführbar, so hat der Besitzer innerhalb der Ablieferungsfrist schriftliche Anzeige in dreifacher Fertigung an die Ortspolizeibehörde zu erstatten. Die Ortspolizeibehörde gibt eine Fertigung mit Bescheinigungsvermerk dem Anzeigenden zurück, legt die weitere Fertigung dem Oberamt zur Verfügung über die Waffen vor und nimmt die dritte Fertigung zu ihren Akten.

§ 4.
Der Ablieferung unterliegen nicht:
1. solche Schusswaffen, für welche Munition im Handel nicht mehr erhältlich ist, z. B. deutsche und fremdländische Militärgewehre und Karabiner älteren Modells als 1888;
2. Schusswaffen, welche sich zur Verwendung als solche nicht mehr eignen, z. B. Waffen von rein geschichtlichem oder ethnographischem Werte, alle Stücke von Waffensammlungen.
Munition jeder Art ist unbedingt abzuliefern.

§ 5.
Von der Pflicht zur Ablieferung der noch gebrauchsfähigen Schusswaffen nebst zugehöriger Munition sind befreit:
1. diejenigen Personen, die zur Haltung oder Führung der Waffen kraft ihres Amtes oder Dienstes verpflichtet oder berechtigt sind, hinsichtlich dieser Waffen;
2. die Inhaber von Jagdarten bezüglich der ihnen für ihre Betätigung als Jäger erforderlichen landesüblichen Jagdschusswaffen;
3. die Inhaber von Waffenscheinen (vergl. § 6).

§ 6.
Der Besitz von Schusswaffen nebst Munition ist außer den in § 5 Ziff. 1 und 2 bezeichneten Personen nur solchen Personen gestattet, welche sich im Besitz eines Waffenscheins befinden. Zuständig zur Ausstellung der Waffenscheine sind Stadtdirektion Stuttgart und die Oberämter.
Die jeweilige Gültigkeitsdauer der Waffenscheine ist längstens auf zwei Monate zu erstrecken.
Für die Ausstellung der Waffenscheine erfolgt Sportelumsatz nach Tarif Nr. 96 des allgemeinen Sportgesetzes. Die Verlängerung der Waffenscheine bis zur Gesamtdauer eines Jahres geschieht sportelfrei.
Waffenscheine dürfen nicht vererbt werden:
1. an Personen, welche das 13. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben,

2. an Personen, welche gegen eine mißbräuchliche Verwendung der Schusswaffen nicht volle Gewähr bieten.
Der Inhaber des Waffenscheins muß den Schein während des Waffentragens stets mit sich führen und den überwachenden Polizeiorganen auf Verlangen zur Prüfung aushändigen.
Werden Tatsachen bekannt, welche die Unzuverlässigkeit des Inhabers des Waffenscheins dartun, so kann der Waffenschein durch das Oberamt des Wohn- oder Aufenthaltsorts des Besitzers zurückgenommen werden.
Stuttgart, den 15. Februar 1919.
In Vertretung Jaag.
Veröffentlicht.
Wildbad, den 24. Februar 1919.
Stadtschultheißenamt: Wagner.

Laub- Stammholz, Bau- und Hopfenstangenverkauf.
Am Freitag, den 28. Februar 1919, vorm. 11 Uhr

kommen auf dem Rathaus im öffentl. Aufsteich gegen Barzahlung zum Verkauf.
Waldsdistrikt IV a. d. Linie Abteilung 11 d Fichtenbusch 30 St Bauftongen I RI. (Laubholz)
Abteil. 2 c Steurriegel am unteren Wäldesweg. 17 St. Bauftongen I/II RI. 48 St. Hopfenstangen I/III RI.
Abteilung S i Miß.
2 St. buchenes Langholz III/IV RI. zul. 3. 12 Fm. 2 St. buchenes Langholz III/IV RI. zul. 2. 42 Fm.
Wildbad, den 26. Febr. 1919. Stadtpfleger.

Suppeneinlagen.
Auf Lebensmittelmarke 30 wird abgegeben.
125 gr. Gries und 200 gr. Cranpen
Liste-Schluß Donnerstag Mittag 12 Uhr.
Stadt-Lebensmittelamt.

Zuckermarken.
Die Zuckermarken vom Monat Februar wollen von den Kaufleuten umgehend abgeliefert werden.
Stadt-Lebensmittelamt Wildbad.

Sauerkraut.
Das auf dem Meldeamt bestellte Sauerkraut wird am Donnerstag den 27. Februar vormittags 9—12 Uhr abgegeben.
Gefäße sind mitzubringen.
Stadt Lebensmittelamt.

Türvorlagen
in verschiedenen Ausführungen empfiehlt
Robert Treiber.

Hypotheken-Darlehen
an pünktliche Zinszahler abzugeben.
Stahl & Federer Aktiengesellschaft
Filliale Wildbad.

Lodenjoppen
aus Militärwolldeckstoff gearbeitet in schöner Qualität sind eingetroffen und kosten:
Jünglings-Größen Mk. 32.95 per Stück
Manns-Größen Mk. 38.75 per Stück
Ph. Bosch, Wildbad
☐ Mein in der Rennbachstraße gelegenes Grundstück mit Wohnhaus
setze dem Verkauf aus
Frei zum wilden Mann.

5 St. aromatischer Mittelschnitttabak
großes Paket Mk. 1,45
Zigarren zu 25, 30, 40, 50 und 70 Pfg.
Zigaretten von 6 Pfg. an.
bei
Chr. Schmid u. Sohn.
Tabakwarengroßhandlung König-Raritätstraße 68 und 71
Kochherde
sowie einen transportablen gut erhaltenen
Wohnung
von 2 Zimmer und Zubehör, wird von jungem Ehepaar per 1. April zu mieten gesucht.
Näheres in der Exped. [24]
Waschkessel
hat zu verkaufen.
Paul Schöber Gärtner.